

## Schuldenbericht 2019

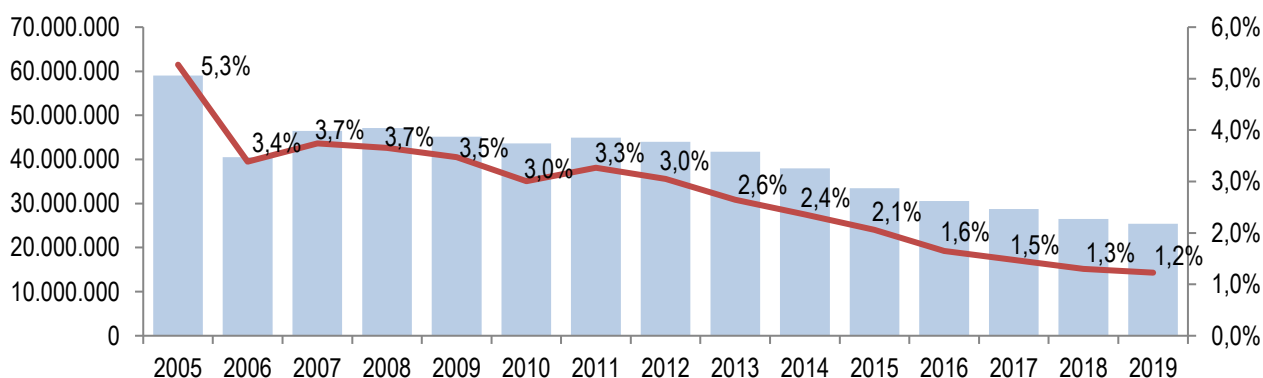
Der Schuldenbericht der Stadt Nürnberg gibt dem Stadtrat einen kompakten Überblick über den Schuldenstand der Stadt zum 31.12.2019. Über die Maßnahmen im aktuellen Haushaltsjahr wird ebenfalls berichtet.

### Vorbemerkung

#### Verschuldung über Plan

Zum Ende des Jahres 2019 belief sich die Neuverschuldung des Kernhaushaltes der Stadt Nürnberg inklusive der Öffentlich-privaten und Öffentlich-Öffentlichen Partnerschaften (ÖPP bzw. ÖÖP) auf 53,5 Mio. €. Im Haushaltsplan waren 39,5 Mio. € veranschlagt worden. Der Schuldenstand aus Investitionskrediten und der in 2013 emittierten Anleihe betrug damit zum 31.12.2019 1.374 Mio. € (Vorjahr: 1.308 Mio. €). Unter Einbeziehung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte aus ÖPP-/ÖÖP-Projekten ergibt sich ein Schuldenstand von 1.498 Mio. € (Vorjahr: 1.444 Mio. €). Inklusive aller Eigenbetriebe der Stadt ist die Gesamtverschuldung um 55,5 Mio. € gegenüber Vorjahr gestiegen.

#### Positive Entwicklung beim Zinsaufwand



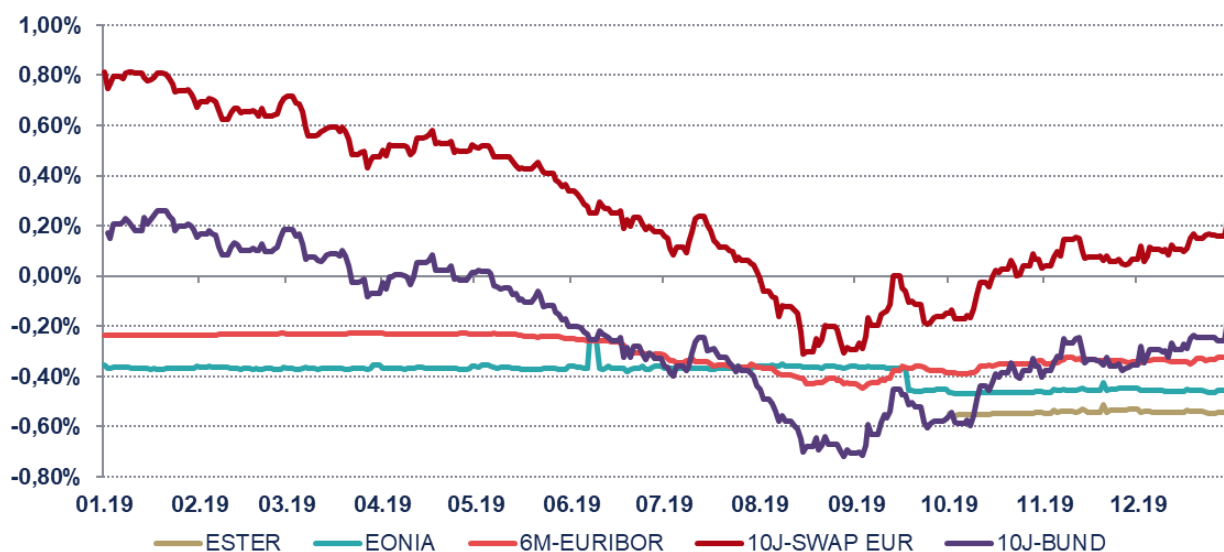
Der Zinsaufwand war im Jahr 2019 mit 25,4 Mio. € (Vj. 26,5 Mio. €) erneut rückläufig. Die Zinslastquote (das Verhältnis der Zinsaufwendungen zu den ordentlichen Aufwendungen) ist mit 1,2 % (Vj. 1,30 %) weiter gesunken.

### Zinsentwicklung am Geld- und Kapitalmarkt 2019

Seit März 2016 liegt der Leitzins der EZB unverändert bei 0 % und der Einlagenzins bei -0,5 % (seit 18.09.2019). Der variable 6-Monats-Euribor (Referenzzins für variable Kreditgeschäfte) startete im Berichtsjahr mit -0,24 %, sank bis Anfang September 2019 auf -0,45 % und lag zum Jahresende bei -0,32 %.

Die 10-jährige Bundrendite startete mit 0,17 % in das Jahr 2019, sank bis Anfang September auf den tiefsten Stand von -0,72 % und legte bis zum Jahresende auf -0,19 % zu. Eine etwa parallele Entwicklung verzeichnete der 10-Jahresswapatz und startete Anfang Januar 2019 mit 0,81 %, sank bis Ende August 2019 auf den Tiefststand von -0,31 % und entwickelte sich bis zum 31.12.2019 auf 0,20 %.

## Zinsentwicklung am Geld- und Kapitalmarkt 2019



## Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2019

Im Berichtsjahr 2019 wurden investive Darlehen in Höhe von insgesamt 184,9 Mio. € aufgenommen. Davon wurden 129,4 Mio. € für neue Investitionen verwendet, Umschuldungen fielen in Höhe von 55,5 Mio. € an. Die noch verbliebene Kreditermächtigung aus dem Jahr 2017 in Höhe von 45,9 Mio. € wurde im März 2019 durch Anrechnung einer Sondertilgung in Höhe von 27 Mio. € und zwei Kreditaufnahmen in Höhe von 10 Mio. € und 15 Mio. € verbraucht. Die Kreditermächtigung 2018 in Höhe von 110,5 Mio. € wurde im Jahr 2019 vollständig ausgenutzt, da zum Ende des Jahres vor dem Hintergrund einer noch nicht endgültig entschiedenen Altschuldenlösung kurzfristige Liquiditätskredite aufgenommen wurden, die im Laufe dieses Jahres in langfristige Investitionsdarlehen umgeschuldet werden

2019

Darlehensbetrag in €	Valuta	Verzinsung	Kreditgeber	Zinsbindung/ Margenzusage
Kommunalkredit 10.000.000 € (für Investitionen aus KE 2017)	20.03.2019	Festzins 1,12 % p.a.	Landesbank	20.03.2049
Schuldscheindarlehen 15.000.000 € (für Investitionen aus KE 2018)	20.03.2019	Festzins 1,239 % p. a.	Geschäftsbank	19.03.2049
Schuldscheindarlehen 15.548.200.000 € (für Umschuldung)	15.05.2019	6-Monats-Euribor + 0,19 % (ohne Floor)	Geschäftsbank	15.11.2021
Kommunalkredit 25.000.000 € (für Investitionen aus KE 2018)	07.06.2019	Festzins 0,889 % p. a	Landesbank	20.05.2049

Darlehensbetrag	Valuta	Verzinsung	Kreditgeber	Zinsbindung/ Margenzusage
Kommunalkredit 10.000.000 € (für Investitionen aus KE 2018)	05.09.2019	Festzins 0,16 % p. a.	Europäische Förderbank	05.09.2049
Kommunalkredit 15.000.000,00 € (für Investitionen aus KE 2018)	05.09.2019	Festzins 0,23 % p. a.	Förderbank	03.09.2049
Kommunalkredit 12.000.000 € (für Umschuldung)	01.10.2019	Festzins 0,24 % p. a.	Landesbank	01.10.2049
Liquiditätskredit 20.000.000 € (für Umschuldung)	20.11.2019	Festzins -0,35 % p. a.	Geschäftsbank	29.01.2020
Liquiditätskredit 13.500.000 € (für Umschuldung und Investitionen KE 2018)	19.12.2019	Festzins -0,35 % p. a.	Geschäftsbank	29.01.2020
Liquiditätskredit 48.859.630 € (für Umschuldung und Investitionen aus KE 2018)	27.12.2019	Festzins 0,0001% p. a.	Geschäftsbank	29.06.2020

### **Kreditportfolio der Stadt Nürnberg (Kernhaushalt) ohne Kassenkredite zum 31.12.2019**

Zum 31.12.2019 bildeten 114 Einzeldarlehen (incl. Schuldscheindarlehen) und eine Anleihe das Kreditportfolio der Stadt Nürnberg. Die Restschuld ohne Verbindlichkeiten aus ÖPP/ÖÖP-Verträgen betrug insgesamt 1.374.426.838 €.

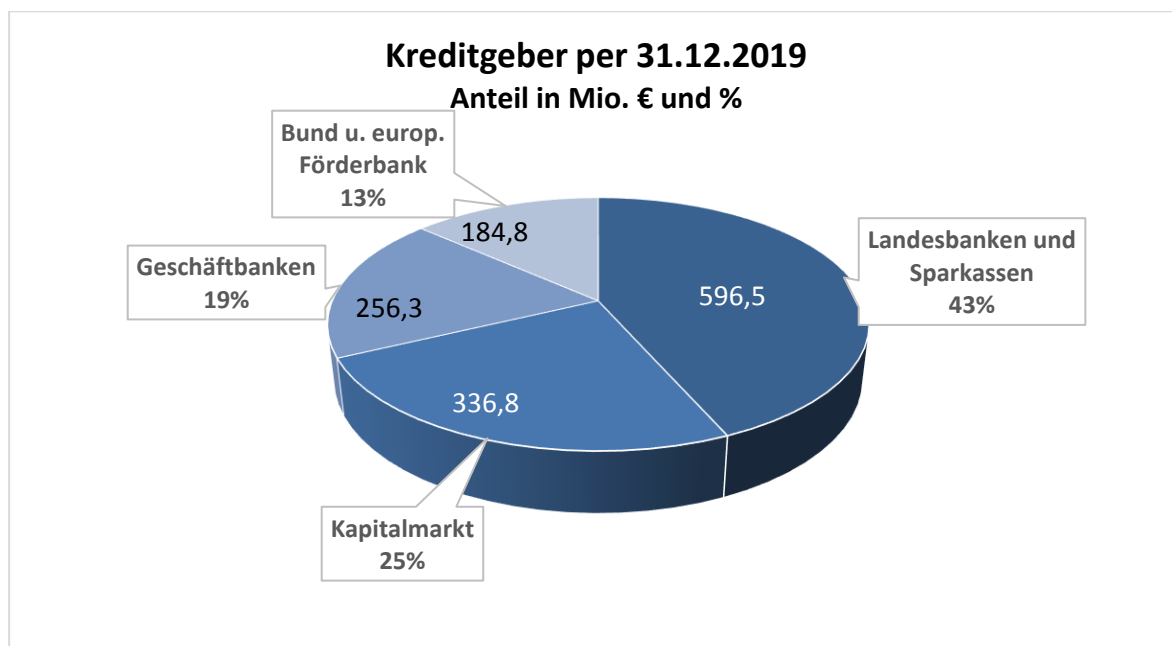
#### Tilgungsleistung

Im Haushaltsjahr 2019 wurden insgesamt 63,4 Mio. € ordentlich getilgt (Vorjahr: 73,5 Mio. €). Rechnerisch kommen zur Tilgungsleistung zusätzlich 27,0 Mio. EUR als Sondertilgung aus nicht aufgenommenen Krediten hinzu. Für Investitionen wurden 129,4 Mio. € aufgenommen, in Summe stieg damit die Verschuldung aus Investitionskrediten im Vergleich zum Vorjahr um 66,0 Mio. € (= + 5,0 %) auf 1.374,4 Mio. €.

#### Kreditgeber

In der Verteilung der Restschuld auf die Gläubiger hatten die öffentlich-rechtlichen Institute (Landesbanken und Sparkassen) mit 596,5 Mio. € bzw. 43 % (Vorjahr: 38 %) den größten Anteil am Kreditportfolio. Die Gläubigerstruktur konnte weiter diversifiziert werden. Die Kapitalmarktquote (Summe aus Anleihe und Schuldscheindarlehen im Verhältnis zum Gesamtkreditportfolio) lag mit

24 % auf Vorjahresniveau. Auf Platz drei folgten die Geschäftsbanken mit 19 % (Vj.: 23 %). Der Anteil der KfW-Darlehen und der CEB lag bei 13 % (Vj.: 14 %).



#### Zinsarten und Zinsstrukturen der Darlehen

In den von der Stadt Nürnberg abgeschlossenen Kreditverträgen sind Zinszahlungen auf variabler Basis (6-Monats-Euribor) und auf Festzinsbasis vereinbart worden. Den größten Anteil bildeten die Darlehen mit Festzinsausstattung in Höhe von 1.049,6 Mio. € bzw. 76,4 %. Variable Zinsvereinbarungen bestanden zum Jahresultimo für einen Anteil von 23,6 % (= 324,8 Mio. €). Der „echte“ variable Anteil, der dem Zinsänderungsrisiko am Geldmarkt ausgesetzt war, hatte eine Höhe von 266,1 Mio. € bzw. 19,4 % gegenüber 194,4 Mio. € (= 14,9 %) im Vorjahr. Der Anstieg resultiert aus den zum Jahresende 2019 aufgenommenen kurzfristigen Liquiditätskrediten. Um Zinsrisiken aus variablen Darlehen zu begrenzen, wurden in der Vergangenheit Festzinsswaps abgeschlossen, deren Volumen sich zum Jahresende 2019 auf 58,7 Mio. € belief.

Darlehensarten (Verzinsung)	zum 31.12.2019 in Mio. €	Anteil in %	zum 31.12.2018 in Mio. €	Anteil in %
Festzinsdarlehen	1.049,6	76,4	1.024,9	78,4
Variable Darlehen	266,1	19,3	194,4	14,9
Variable Darlehen mit Festzinsswap	58,7	4,3	89,1	6,7
<b>Summe</b>	<b>1.374,4</b>	<b>100,0</b>	<b>1.308,4</b>	<b>100,0</b>

#### Laufzeiten der Zinsbindung

Unter Berücksichtigung von Zinssicherungsinstrumenten (Festzins-Swaps) verteilen sich die Zinsbindungen des Darlehensportfolios auf folgende Laufzeitkategorien: bis 1 Jahr, 1 bis 3 Jahre, 3 bis 5 Jahre, 5 bis 10 Jahre und länger als 10 Jahre. Durch die Darlehensneuaufnahmen mit

Zinsbindungen über die kompletten 30-jährigen Laufzeiten hat sich der Anteil der sehr langen Zinsbindungen gegenüber dem Vorjahr nochmals knapp um 55 Mio. € bzw. auf 46,2 % erhöht. Auf diese Weise können potenzielle Risiken aus Zinsänderung und Liquiditätsrisiken aufgrund nicht notwendiger Anschlussfinanzierungen reduziert werden.

Die Darlehensbestände mit kurzen Zinsbindungen unter 1 Jahr haben sich aus strategischen Gründen auf 22,3 % bzw. 306,5 Mio. € (Vorjahr: 252,4 Mio. €) erhöht, da zum Jahresende im Hinblick auf die noch nicht entschiedene Altschuldenübernahme vermehrt kurzfristige Liquiditätskredite aufgenommen wurden, die im Laufe des Jahres 2020 in langfristige Darlehen umgewandelt werden.

<b>Zinsbindung</b> (Restlaufzeiten inkl. Derivate)	<b>zum 31.12.2019</b> <b>in Mio. €</b>	<b>Anteil in</b> <b>%</b>	<b>zum 31.12.2018</b> <b>in Mio. €</b>	<b>Anteil in</b> <b>%</b>
bis 1 Jahr	306,5	22,3	252,4	19,2
1 bis 3 Jahre	40,4	2,9	59,6	4,6
3 bis 5 Jahre	172,6	12,6	119,4	9,1
5 bis 10 Jahre	219,7	16,0	296,5	22,7
10 Jahre und länger	635,2	46,2	580,5	44,4
<b>Summe</b>	<b>1.374,4</b>	<b>100,0</b>	<b>1.308,4</b>	<b>100,0</b>

### Zinsen

Der Zinsaufwand (einschließlich der Zinszahlungen aus Derivatgeschäften) aus dem Darlehensportfolio der Investitionsdarlehen (ohne ÖPP/ÖÖP) betrug im Haushaltsjahr 2019 22,74 Mio. € nach 23,96 Mio. € in 2018 (-5,1 % z. Vj.). Der durchschnittliche Zinssatz lag im Berichtsjahr bei 1,65 % (Vorjahr: 1,78%).

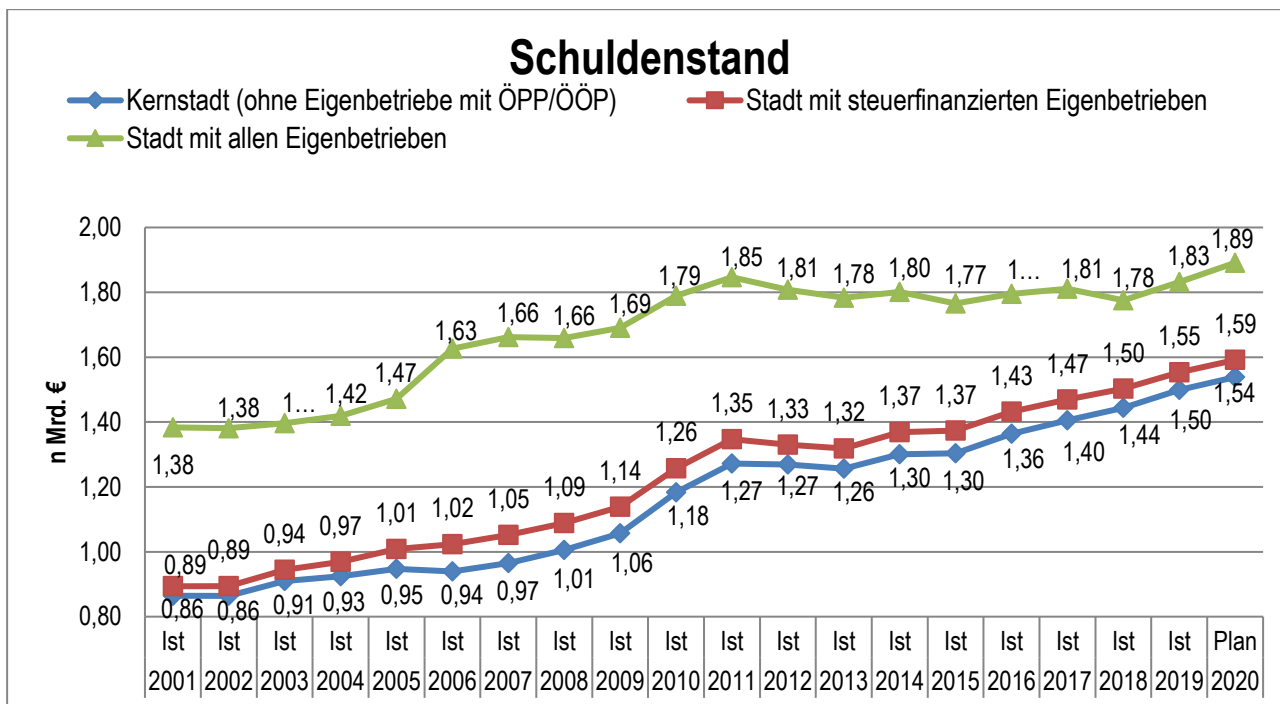
### Einhaltung von Richtlinien

Die Portfolio-Vorgaben der am 25.01.2012 vom Stadtrat verabschiedeten *Finanzrichtlinie zum Zins- und Kreditmanagement der Stadt Nürnberg* wurden eingehalten. Im Berichtsjahr 2019 wurde kein neues Derivatgeschäft abgeschlossen.

## Verschuldung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verschuldung der Stadt in den unterschiedlichen Abstufungen. Die Zwischensumme I umfasst den städtischen Kernhaushalt, die Zwischensumme II zusätzlich die aus Steuermittel (teil-) finanzierten Eigenbetriebe. Die Zwischensumme III schließlich beinhaltet mit den Gebührenhaushalten SUN und ASN alle städtischen Eigenbetriebe.

<b>Verbindlichkeiten</b> aus Investitionsdarlehen <small>(teilw. Rundungsdifferenzen)</small>	<b>zum 31.12.2019</b> <b>in Mio. €</b>	<b>zum 31.12.2018</b> <b>in Mio. €</b>	<b>absolute</b> <b>Abweichung</b> <b>zum Vorjahr</b>	<b>relative</b> <b>Abweichung</b> <b>zum Vorjahr</b>
Kernhaushalt	1.374,4	1.308,4	66,0	5,0%
ÖPP/ÖÖP	123,1	135,6	-12,5	-9,2%
<b>Zwischensumme I</b>	<b>1.497,5</b>	<b>1.444,0</b>	<b>53,5</b>	<b>3,7 %</b>
<b>Steuerfinanzierte</b> <b>Eigenbetriebe</b>				
NüSt	8,4	8,9	-0,5	-5,6 %
FSN	15,9	17,6	-1,7	-9,7%
NüBad	30,3	32,0	-1,7	-5,3%*
SÖR	0,0	0,0	-,-	-,-
<b>Gesamt</b>	<b>54,6</b>	<b>58,5</b>	<b>-3,9</b>	<b>-6,7 %</b>
<b>Zwischensumme II</b>	<b>1.552,2</b>	<b>1.502,5</b>	<b>49,6</b>	<b>3,3%</b>
<b>Gebührenhaushalte</b> <b>Eigenbetriebe</b>				
SUN	238,9	227,5	11,4	5,0%
ASN	39,5	45,0	-5,5	-12,2%
<b>Gesamt</b>	<b>278,4</b>	<b>272,5</b>	<b>5,9</b>	<b>2,2 %</b>
<b>Zwischensumme III</b>	<b>1.830,5</b>	<b>1.775,0</b>	<b>55,5</b>	<b>3,1%</b>



### Bürgschaftsverpflichtungen

Hier handelt es sich i. d. R. um Sicherheiten für Darlehensgeschäfte, für die sich die Stadt zugunsten von Beteiligungen oder Vereinen verbürgt hat. Aus der nachfolgenden Tabelle ergibt sich die Restvaluta der Bürgschaftsverpflichtungen zum Jahresende:

Bürgschaften (in Mio. €)	31.12.2019	31.12.2018	absolute Abweichung zum Vorjahr	relative Abweichung zum Vorjahr
VAG	200,0	200,0	0,0	0,0 %
WBG	20,3	20,8	- 0,5	-2,4 %
WBG Kommunal	101,8	0,0	101,8	100,0 %
Stiftung Staatstheater	17,5	18,1	- 0,6	-3,3 %
Sonstige	18,8	14,9	3,9	26,2 %
<b>Summe</b>	<b>358,4</b>	<b>253,8</b>	<b>104,6</b>	<b>41,2 %</b>

Der Anstieg der Bürgschaftsverpflichtungen resultiert im Wesentlichen aus der Bürgschaft für die WBG Kommunal zur Zwischenfinanzierung des Schulzentrums Bertolt-Brecht in Höhe von 101,8 Mio. €. Die Bürgschaftsprovisionen für das Jahr 2019 beliefen sich auf 452 T€ (Vorjahr: 386 T€). Davon entfielen auf die VAG 300 T€, auf die Stiftung Staatstheater 90 T€ (Vorjahr: 94 T€) und auf die WBG 62 T€ (Vorjahr: 63 T€).

### Kreditaufnahmen im Haushaltsjahr 2020

Im März 2020 wurde ein Investitionsdarlehen mit 30-jähriger Laufzeit und Zinsbindung aus der Kreditermächtigung 2019 aufgenommen. Da über die Altschuldenlösung erst kürzlich endgültig entschieden wurde, werden die Liquiditätskredite schrittweise im Laufe dieses Jahres in langfristige Darlehen umgeschuldet. Im September ist der Abruf einer weiteren Tranche in Höhe von ca. 25-30 Mio. € des CEB-Rahmenkredits (zugesagte Höhe: 80 Mio. €) vorgesehen.

Dabei werden aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nach wie vor lange Laufzeiten und lange Zinsbindungen bevorzugt. Zum Ende des Jahres wird der investive Schuldenstand des Kernhaushalts (ohne ÖPP/ÖÖP) voraussichtlich bei 1.413,1 Mio. €, geplant waren 1.426,7 Mio. €. Die Kreditermächtigung 2019 wird voraussichtlich in Höhe von knapp 45 Mio. € ins nächste Jahr übertragen.

<b>2020 (laufendes Jahr)</b>				
<b>Darlehensbetrag in €</b>	<b>Valuta</b>	<b>Verzinsung</b>	<b>Kreditgeber</b>	<b>Zinsbindung/ Margenzusage</b>
Kommunalkredit 30.000.000 € (für Investitionen aus KE 2019)	05.03.202020	Festzins 0,279 % p. a.	Landesbank	05.03.2050

Die Verbindlichkeiten aus ÖPP/ÖÖP werden zum Ende des Jahres 2020 voraussichtlich ca. 111,9 Mio. € (Vorjahr: 123,1 Mio. €) betragen. Neue Maßnahmen werden im laufenden Jahr nicht fertiggestellt. Inklusive der Schulden aus ÖPP/ÖÖP beträgt die Verschuldung des Kernhaushalts in der Prognose zum Ende des Jahres 2020 1.525 Mio. € (Plan: 1.538,5 Mio. €).

### **Aktuelles**

Laut der letzten ifo-Konjunkturprognose vom 28.05.2020 schrumpft die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr wahrscheinlich um 6,6 % und wird dann voraussichtlich im nächsten Jahr von dem niedrigen Niveau aus um 10,2 % wachsen. Im zweiten Quartal 2020 wird ein kräftiger Einbruch von 12,4 % erwartet, danach geht man von einer Konjunkturerholung bis zur Mitte des nächsten Jahres aus. Die Prognose ist abhängig davon, wie schnell sich die Geschäftslage der Unternehmen wieder normalisiert. Im besten Fall tritt eine Normalisierung bereits nach fünf Monaten ein, dann wird eine geschrumpfte Wirtschaftsleistung von nur 3,9 % erwartet und dann läge das Wachstum im nächsten Jahr bei 7,4 %. Im schlechtesten Fall würde die Dauer der Normalisierung 16 Monate betragen. Das würde einen Konjunkturrückgang um 9,3 % bedeuten und ein Wachstum im nächsten Jahr von 9,5 %, eine Erholung würde sich weit bis in das Jahr 2022 hinziehen. Die Prognose vom Mai 2020 hatte eine Insolvenzwelle ausgeschlossen, von der aber mittlerweile immer wieder berichtet wird.

Die Corona-Pandemie hinterlässt nachhaltig ihre Spuren im Haushalt der Stadt Nürnberg. Die Steuerausfälle, die Mindereinnahmen durch die vorübergehende Schließung von Einrichtungen und die Corona-bedingten Mehrausgaben können durch das am 3. Juni 2020 verabschiedete Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket nicht vollständig kompensiert werden. Auch wenn die Kommunen einen pauschalierten Ausgleich ihrer Gewerbesteuer ausfälle erhalten werden und die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im SGB II von 50 % auf 75 % erhöht wird, bleiben nach jetziger Erkenntnis finanzielle Lücken, die den Handlungsspielraum der Stadt Nürnberg einschränken. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die städtischen Beteiligungen sowie der hohe Investitionsbedarf im Bereich Schulen, Kinderbetreuung und Kultur werden in den kommenden Jahren zu keiner rückläufigen Verschuldung führen.